

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Preussen mit Postgeld vierteljährlich 14,00 Rl., monatlich 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Rl. Bei Vorbezug vierteljährlich 16,16 Rl., monatlich 5,39 Rl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Rl., Danzig 3 Rl. Deutschland 2,50 Rl. - Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Gernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Neblamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Pz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. - Bei Platzvorschritt und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. - Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. - Offertengebühr 100 Groschen. - Für das Erklären der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkonten: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 36.

Bromberg, Donnerstag den 13. Februar 1930.

34. Jahrg.

Die neue Passverordnung.

Im „Dziennik Ustaw“ Nr. 7 vom 11. d. M. ist nunmehr die neue Verordnung über die Auslandspässe erschienen. Sie ist der Vorchrift des Passgesetzes vom 17. Juli 1924 entsprechend vom Finanzminister im Einvernehmen mit dem Innenminister erlassen und vom 29. Januar 1930 datiert.

Nach den neuen Bestimmungen ist der Preis für den Pass, der zu einem einmaligen Überschreiten der Grenze berechtigt, auf 250 Zloty auf 100 Zloty herabgesetzt. Die Geltungsdauer eines solchen Passes, die bisher drei Monate nicht überstieg, ist „bis zu einem Jahre“ erhöht worden.

Ein Pass, der zu einer mehrmaligen Überschreitung der Grenze berechtigt, der bisher 750 Zloty kostete, kostet in Zukunft 250 Zloty.

Der ermäßigte Handelspass kostet wie bisher 25 und der ermäßigte Pass, der für Studienzwecke, für Kranke zu Heilzwecken und an Besucher von internationalen wissenschaftlichen und sportlichen Versammlungen und Veranstaltungen ausgestellt werden kann, kostet nach wie vor 20 Zloty.

Der zur mehrmaligen Ausreise berechtigte ermäßigte Handelspass ist von 200 Zloty auf 150 Zloty ermäßigt worden, und der zu Studien-, zu Heilzwecken und zum Besuch von internationalen, wissenschaftlichen usw. Versammlungen erteilte und zum mehrmaligen Überschreiten der Grenze berechtigte ermäßigte Pass soll künftig statt 150 Zloty nur 100 Zloty kosten.

Die neue Verordnung tritt 14 Tage nach der Veröffentlichung, also am 25. Februar in Kraft.

Das sind die wichtigsten Änderungen. Auffällig ist in der neuen Verordnung die Wendung, daß die Geltungsdauer des 100-Zloty-Passes „bis zu einem Jahre“ betragen soll. Soll da wieder wie bisher zwischen den einzelnen Antragstellern differenziert werden? Die ministerielle Zusage in der Budgetkommission lautete dahin, daß die Passgültigkeit auf ein Jahr erhöht werden sollte, was nicht anders verstanden werden konnte, als daß die Geltungsdauer einheitlich für jeden Antragsteller auf ein Jahr festgesetzt werden sollte.

Auf geringfügigere Änderungen, die in der neuen Verordnung enthalten sind, kommen wir im Bedarfsfalle noch zurück.

Reichstag und Young-Plan.

Die große Aussprache beginnt.

Berlin, 12. Februar. Im Reichstage hat gestern im Zusammenhange mit der ersten Lesung der sich aus der Unterzeichnung des Haager „Neuen Plans“ durch Deutschland ergebenden Gesetzentwürfe die große Debatte über die Außenpolitik des Reichs begonnen. Die Sitzung wurde mittags 12 Uhr bei höchstbesetztem Saal und überfüllter Galerie begonnen. Auf den Regierungsbänken erschienen sämtliche Mitglieder des Kabinetts. Auf dem Stuhl, der bisher von dem am Sonntag auf tragische Weise ums Leben gekommenen sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Levi benutzt wurde, war ein Kranz aus weißem Kleeblatt und Lorbeerblättern niedergelegt. Reichstagspräsident Loebe ehrte bei der Eröffnung der Sitzung das Gedenken des verstorbenen Parlamentsmitgliedes und hob sein hervorragendes politisches Talent und seine oratorischen Fähigkeiten hervor. Die Abgeordneten aller politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und der Hitler-Gruppen hörten die Ansprache stehend an.

Als erster ergriff das Wort

Reichsaußenminister Dr. Curtius,

der sich in einer längeren Rede mit dem Young-Plan, seinen Annahmen, sowie auch mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen beschäftigte. Er legte dem Parlament die Gründe dar, welche die Regierung bewegen hätten, die Annahme des in der zweiten Haager Konferenz aufgestellten „Neuen Plans“ zur Annahme zu empfehlen. Die Regierung habe in der zweiten Haager Konferenz das von dem verstorbenen Minister Stresemann begonnene Werk fortgesetzt und die Beseitigung des Sanktionsystems erreicht.

Nach der Rede des Ministers Curtius ergriff das Wort der deutsch-nationale Abgeordnete Schulz-Bromberg, der forderte, die Diskussion auf Mittwoch zu vertagen. Dieser Antrag wurde mit bedeutender Stimmenmehrheit abgelehnt. Die Aussprache leitete der sozialdemokratische Abg. Breitscheid ein, der die Darlegungen des Ministers und den Standpunkt der Regierung unterstützte. Nach ihm sprach der früher deutsch-nationale, jetzt volkskonservative Abg. Abnne, der den Polenvertrag als „leichtfertig abgeschlossen“ und schwer ertragbar bezeichnete. Der deutsch-nationale Parteivorsteher Eugen Berg griff in heftigen Worten den verstorbenen Minister Stresemann, den gegenwärtigen Außenminister Curtius und das ganze Kabinet Müller an und kritisierte mit besonderer Schärfe den Young-Plan. Nach einer kurzen Antwort des Reichsaußenministers Curtius auf die Einwände des Abg. Eugen Berg ergriff für die Zentrumsfraktion der Abg. Brüning das Wort, der erklärte, daß die Verhandlungen mit Polen eine Enttäuschung gebracht hätten. Man

werde sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen müssen, und in der Kommissionssitzung werde man von der Deutschen Regierung weitere Informationen besonders für die Garantie und Kontrolle der Ausführung der von Polen in dem Abkommen übernommenen Verpflichtungen verlangen. Außerdem fordere das Zentrum, daß das Liquidationsabkommen nicht mit dem Haager Abkommen in Zusammenhang gebracht werde. „Trotzdem wir“, so sagte der Redner, „für eine friedliche Erledigung eines Abkommens mit Polen sind, können wir uns mit diesem Abkommen nicht einverstanden erklären, sofern die Lösung des Ostproblems nicht im Geiste der Gerechtigkeit ge-

wünscht wird. Eine große Bedeutung habe die psychische Seite des deutsch-polnischen Abkommens.

Im Namen der Deutschen Volkspartei betonte der Abg. Freiherr von Rheinbaben, daß der leitende Gedanke seiner Partei darin bestehe, nicht zuzulassen, daß das Abkommen mit Polen die deutsche Ostpolitik von den Zielen abbringe, denen sich Deutschland im Osten unverzüglich zuwenden müsse, sofern es gelingt, im Westen die ersten Grundlagen der Souveränität zu erlangen.

Für die Kommunisten sprach der Abg. Thälmann, für die Wirtschaftspartei der Abg. Bredt und für die Nationalsozialisten der Abg. Graf Reventlow.

Curtius über den Polenvertrag.

Bei Einbringung des „Neuen Plans“ und der mit ihm zusammenhängenden Gesetze in den Reichstag hielt der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius für das deutsch-polnische Liquidationsabkommen folgendes Plaidoyer:

„Wenn ich zu dem Abkommen mit Polen übergehe, so muß ich zunächst feststellen, daß dieses in dem Gesamtkomplex der Ihnen vorliegenden Verträge ein Kapitel ist, dessen Inhalt und dessen Zweck in der deutschen Öffentlichkeit vielfach in geradem unbegreiflichem Maße verfälscht worden ist. Ich bezweifle nicht, daß sich viele Stimmen der Opposition aus ehrlichen patriotischen Absichten erklären. Aber ich muß doch bedauern, daß Vorwürfe erhoben, Schlagworte geprägt und Schlussfolgerungen gezogen sind, die mit dem wahren Sachverhalt nicht das Geringste mehr zu tun haben. (Widerspruch rechts.) Es ist von unmotivierten Milliardenentscheidungen an den Polnischen Staat gesprochen worden; es ist von einer vollständigen Änderung unserer Politik gegenüber Polen die Rede gewesen; man ist schließlich, ohne einen Schimmer von Beweis, so weit gegangen, zu sagen, daß dieses reine Zweckabkommen die großen Fragen unserer Ostpolitik nachteilig beeinflusse. (Sehr richtig rechts.)

„Ich möchte an der Spitze meiner Ausführungen allen diesen Angaben und Mißdeutungen ein ganz kategorisches Dementi entgegenstellen. (Abg. Göbbels: „Das glauben Sie ja selbst nicht.“ - Ordnungsruf.) Nichts von alledem ist wahr. Worum handelt es sich denn bei diesem Abkommen mit Polen? Die Tatsachen sind sehr einfach.

„Wie ich eben dargelegt, enthält der Young-Plan eine Empfehlung der Sachverständigen der Gläubigerländer, daß Deutschland auf seine mit den früheren Vorgängen zusammenhängenden Ansprüche gegenüber den Gläubigerländern verzichtet müsse. Ein solcher Verzicht auch auf die sogenannten Privatforderungen ohne besondere Gegenleistung erschien der Reichsregierung gerade hinsichtlich Polens unmöglich. Wir haben es deshalb für notwendig gehalten, zu versuchen, das ganze deutsch-polnische Fordeungsverhältnis aus den allgemeinen Verhandlungen mit den Gläubigern, herauszunehmen.

Wir gewannen so einmal die Möglichkeit, für die geforderte Ausdehnung des deutschen Verzichts auf die sogenannten Privatforderungen von Polen Gegenleistungen auf anderem Gebiete zu erzielen. Außerdem konnten wir damit rechnen, daß im Falle der Einigung zwischen Deutschland und Polen der allgemeine Verzicht Deutschlands auf die Privatforderungen vermieden werden würde. Bei der Einleitung von Sonderverhandlungen mit Polen brauchten wir — und das möchte ich vor allem betonen — nach Kompensationsobjekten und überhaupt nach Verhandlungsmethoden nicht lange zu suchen.

Wir konnten an leider vergeblich verbliebene Versuche anknüpfen, die wir lange vorher ganz unabhängig vom Young-Plan gemacht hatten, um mit Polen über die hier in Rede stehenden Fragen zu einer Einigung zu gelangen. So haben wir von den Polen über den beiderseitigen Verzicht auf Staats- und Privatforderungen hinaus als Zugabe die klare Präzisierung des Verzichts auf die Liquidation des reichsdeutschen Besitzes in Polen und ferner den Verzicht auf das Wiederkaufrecht verlangt, das seit langem drohend über dem Kleinbesitz der deutschen Ansiedler in Polen schwebte. Bei den früheren Verhandlungen im Anfang vorigen Jahres und bei den im Herbst eingeleiteten Verhandlungen haben sich im wesentlichen die gleichen Kategorien des Gebens und Nehmens gegenübergestellt.

Wir wußten schon aus der damaligen Zeit, daß die Polen für den Verzicht auf Liquidation und Wiederkaufrecht in erster Linie die Freistellung von den Klagen auf Zusatzentschädigungen, also von dem Hauptteil der Privatansprüche, forderten. Wenn es damals noch zu keiner Einigung kam, so lag der Grund in erster Linie darin, daß Polen bei seinem Verzicht auf Liquidation weitgehende Einschränkungen machen wollte, die jetzt fortgefallen sind. Es war demnach eine natürliche und historisch gegebene Verknüpfung der Zusammenhänge, die für unsere jetzigen Verhandlungen mit den Polen maßgebend war.

Durch die Verhandlungen haben wir, wie wir das erwarteten, erreicht, daß wir den Verzicht auf Privatforde-

rungen gegenüber der Gesamtheit der Gläubigerländer vermeiden konnten, und daß wir gegenüber Polen, wo wir diesen Verzicht ausgesprochen haben, dafür wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht und namentlich für die deutsche Minderheit in Polen den Druck, der die ganzen zehn Jahre nach dem Kriege auf ihr gelastet hat, erleichtert haben.

Man hat versucht, dieses Ergebnis dadurch zu verkleinern, daß man unseren Verzicht als übermäßig und daß man die gewonnenen Vorteile als geringfügig oder sogar illusorisch hingestellt hat. Es ist richtig; wir haben eine finanzielle Belastung übernommen, aber diese Belastung hält sich im Rahmen des Tragbaren und geht nicht im entferntesten in Milliardenbeträge, wie dies trotz aller Aufklärung noch immer behauptet wird.

Der angebliche Milliardenverzicht soll daher stammen, daß wir in diesem Abkommen Polen von seiner Verpflichtung zur Bezahlung des deutschen Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten befreit hätten. Obwohl es von Regierungsseite bis zum Grundausschuss immer wieder klargestellt worden ist, muß ich es noch einmal wiederholen, daß wir wegen des Staatseigentums einen Anspruch gegen Polen überhaupt nicht mehr hatten.

Diesen Anspruch hatte die Reparationskommission als Vertreterin unserer Gläubiger und nicht wir. Die Sachverständigen, und zwar alle Sachverständigen, haben in Nr. 142 des Young-Plans festgelegt, daß die Abrechnung zwischen der Reparationskommission und Deutschland über die vor dem Dawes-Plan liegenden Vorgänge einschließlich der Guthabens auf die ursprüngliche Kapitalschuld gegenstandslos werden soll.

Wir hatten also gar keine Möglichkeit mehr, aus diesen Abrechnungen oder Guthabensforderungen an Polen zu stellen. Das Erlöschen des Anspruchs auf Guthaben ist demnach in keiner Weise eine Folge des Polenabkommens, sondern eine Folge der neuen Reparationsregelung überhaupt und der damit verbundenen Herabsetzung der deutschen Kapitalschuld von 132 auf 34 Milliarden Goldmark. Wir können es beklagen, wir können es als historisch ungerechtfertigt bezeichnen, daß der polnische Staat ohne Bezahlung in den Besitz jener großen Werte gelangt ist. Wir können aber diese Folge, die sich notwendig aus der ganzen Entwicklung der Reparationsfrage ergibt, nicht ungeschehen machen und können sie vor allem nicht auf das Konto des neuen Abkommens mit Polen setzen.

Wer behauptet, daß die von uns durch das Abkommen gewonnenen nationalpolitischen Vorteile geringfügig sind, der hat den schweren Weg vergessen, den die deutschen Reichsangehörigen und die deutsche Minderheit in Polen unter der dauernden Gefahr, von Haus und Hof vertrieben zu werden, durchzumachen hatte. (Zwischenrufe rechts.) Unsere Anstrengungen sind Jahre hindurch dahin gegangen, die im polnischen Liquidationsrecht und in dem Wiederkaufrecht liegende Beunruhigung zu beseitigen und auch unter Opfern alles zu tun, um einem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen.

Wenn gleich wir das Recht auf Ausübung des Wiederkaufrechts durch Polen weder früher noch jetzt anerkannt haben, so mußten wir doch Sorge tragen, einen praktisch einigermaßen sicheren Weg zu finden, um die deutschen Ansiedler in Polen zu schützen. Zwölf tausend deutsche Rentengutsbesitzer mit einer Familienkopzahl von achtzig tausend Personen haben wir wenigstens in ihren Erbrenten sicherstellen können. (Sürl. Hörl links.) Wer dies als einen kleinen Vorteil ansieht, der eine finanzielle Anstrengung unsererseits nicht lohne, mit dem läßt sich über diese Frage nicht rechten. (Sehr richtig links.)

Ich kann auch keinesfalls zugeben, daß der erreichte Vorteil illusorisch sei, weil dem deutschen Besitz jenseits der Grenzen möglicherweise andere Gefahren drohen. Ich will diese Gefahren nicht schlechtweg leugnen und möchte es der Ausschussberatung vorbehalten, diese und eine Reihe anderer Einzelfragen weiter zu klären. Schon hier muß ich aber betonen, daß es politisch unmögliches Vorgehen wäre, die Beseitigung ganz bestimmter, akuter Gefahren deshalb zu vernachlässigen oder geringfügig einzuschätzen, weil sich aus ganz anderen Gründen neue Gefahren ergeben können.

Die Deutsche Reichsregierung glaubt, daß wir durch dieses Abkommen mit Polen einen Schritt weiter gekommen sind. Sie stellt fest, daß die Polnische

Regierung durch die Abrechnung und den damit in unauflöslichem Zusammenhang stehenden Notenwechsel Verpflichtungen übernommen hat, die praktisch eine Beendigung für unsere Volksgenossen in Polen geschaffenen rechtlichen Ausnahmezustand bedeuten. Hierin liegt eine Fortsetzung unserer bisherigen Politik und nicht das Einschlagen eines neuen Kurses.

Die beiden Regierungen haben den Streit um eine Reihe von Einzelfragen begraben, einen Streit, der, wie sich immer mehr gezeigt hat, uns nicht weiter brachte. In diesem Sinne muß an die Würdigung des Abkommens mit Polen herangetreten werden."

Polnisches Abstimmungs-Sorostop.

Wie der Berliner Korrespondent der "Agencja Wschodnia" meldet, stellt sich die parlamentarische Lage wie folgt dar: Wenn auch für den Young-Plan eine Stimmenmehrheit gesichert ist, so stößt doch die Durchbringung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens auf Schwierigkeiten. Die gesamte Rechte, die Kommunisten und die Wirtschaftspartei werden entschieden gegen das Abkommen stimmen. Wenn aber das Zentrum, wie dies geplant ist, seinen Abgeordneten Abstimmungs-freiheit lassen und nicht den Fraktionszwang anwenden will, so wäre auch eine gewöhnliche Mehrheit zweifelhaft. Wenn aber der Rechtsantrag durchgeht, nach welchem die Liquidationsabkommen als angeblich verfassungsgemäß eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit der Kammer erfordern, so wäre eine Mehrheit direkt ausgeschlossen. Dazu kommt noch, daß die Zentrumspartei ihre Abstimmung von einer Reihe von Forderungen auf finanziellen Gebiet abhängig macht.

Wir können nach unseren Informationen diesen "Pessimismus" der polnischen Agentur nicht teilen. Es wird schon eine Mehrheit auch für das Liquidationsabkommen geben.

Pacelli — Kardinalstaatssekretär.

Was lange erwartet wurde, ist nunmehr geschehen: der Kardinalstaatssekretär Gasparri hat sein Amt dem ehemaligen päpstlichen Nuntius in Berlin, Kardinal Pacelli, übergeben. Dieses Ereignis vollzog sich ohne vorherige Ankündigung und konnte schon aus dem Grunde kein großes Aufsehen erregen, weil die Öffentlichkeit zwar die Ernennung Pacellis zum Kardinalstaatssekretär erwartet hatte, aber den genauen Tag dieser Ernennung nicht voraussehen konnte. Die Bedeutung des Amtsübergangs im Vatikan wird durch die Unauffälligkeit, mit der er vollzogen wurde, keineswegs vermindert.

Mit Pietro Gasparri verläßt ein Mann die politische Weltarena, der im Laufe von 1 1/2 Jahrzehnten der Berater zweier Päpste war, und der es verstanden hat, die Kurie in den schwierigsten Jahren der Kriegs- und der Nachkriegszeit zu einem Glanz und Ansehen zu bringen, von dem selbst ihre Feinde beeindruckt wurden. Es war Benedikt XV., der den damals 55jährigen Kardinal Gasparri im Oktober 1914 als Nachfolger des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val bestellte. Gasparri bildete auf eine erfolgreiche diplomatische Tätigkeit zurück: er war viele Jahre hindurch als päpstlicher Legat in Südamerika tätig, nachdem er 18 Jahre lang am katholischen Institut in Paris das Kirchenrecht lehrte. Davon abgesehen, daß es Gasparri gelungen ist, die Kurie in den Kriegsjahren durch alle Gefahren hindurchzuführen, und ihre Autorität hochzuhalten, darf er sich rühmen, das größte Werk vollbracht zu haben, das je einem Kardinalstaatssekretär im Laufe von Generationen gelungen ist. Der Friede mit dem italienischen Staat ist eine Tat, um die sich Gasparri besonders verdient gemacht hat. Es ist kein Zufall, daß er gerade an dem Tage sein Amt verlassen hat, an dem die Unterzeichnung des Lateran-Vertrages vor Jahresfrist vollzogen wurde.

Der neue Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli gilt als einer der begabtesten Kirchenfürsten der Gegenwart. Er feht heute im 54. Lebensjahr und genießt das besondere Vertrauen des Papstes. In den Jahren, die er in Deutschland als Nuntius verbracht hat, zeichnete er sich durch seine besondere diplomatische Geschicklichkeit, sowie durch die Klugheit aus, mit der er unter keineswegs leichten Umständen die Interessen der Kurie zu wahren wußte. Er verließ Deutschland, erst nachdem es ihm gelungen war, das Konkordat mit Preußen unter Dach und Fach zu bringen, ein Werk, das dem Nuntius Pacelli Ehre machte. Es spricht für eine ungeheure Genauigkeit und Klarheit der vatikanischen Politik, daß ihre Vollzieher nur nach der völligen Erreichung ihrer Aufgaben den Posten, auf den sie gestellt werden, verlassen. So war es mit dem Kardinalstaatssekretär Gasparri nach der erfolgten Verböhnung zwischen Vatikan und dem italienischen Staat, — so war es auch mit seinem Nachfolger, als er noch Nuntius in Deutschland war. Man kann davon überzeugt sein, daß die feste und genaue Zielsetzung und Zielverfolgung auch weiterhin das hervorragendste Merkmal der päpstlichen Politik bleiben wird. Papst Pius XI. ist nicht nur ein großer Staatsmann, er ist zugleich auch ein großer Menschenkenner, und dies zeigt er nicht zuletzt durch die Wahl seiner nächsten Mitarbeiter. Für den deutschen Katholiken ist es besonders erfreulich, daß an dem hervorragenden politischen Posten im Vatikan ein Mann steht, der in einer langen Reihe von Jahren sich als treuer Freund des deutschen Volkes erwiesen hat.

Pacellis Nachfolger.

Monsignore Orsenigo — der neue Nuntius in Berlin?

Rom, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Gerüchte über die bevorstehende Ernennung des bisherigen apostolischen Nuntius in Budapest Monsignore Cesare Orsenigo, Erzbischof von Volemals, zum Nachfolger Pacellis als Nuntius in Berlin haben sich in den letzten Tagen soweit verdichtet, daß mit seiner Ernennung in nicht allzu ferner Zeit zu rechnen sein dürfte.

Monsignore Orsenigo ist am 13. Dezember 1873 in Olginate in der Erzdiözese Mailand geboren. Er wurde 1922 zum apostolischen Nuntius in Budapest ernannt. Seit ihrer gemeinsamen Mailänder Zeit bestehen zwischen Papst Pius XI. und Monsignore Orsenigo freundschaftliche Beziehungen. Orsenigo gilt als ein überaus geschickter, liebenswürdiger und sprachgewandter Diplomat. Seine Kandidatur auf den Berliner Posten dürfte gelegentlich seines ärztlichen Besuchs in Rom im einzelnen besprochen sein.

Aus Grazhnits Reich.

Interpellation

des Abg. Bieliß vom Deutschen Parlamentarischen Klub und anderer an den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Minister des Innern in Angelegenheit der Misachtung des Art. 96 der Verfassung durch den Schlesißen Wojewoden.

Bei den am 15. Dezember des verflossenen Jahres in Schlesißen abgehaltenen Gemeinderatswahlen wurden in der Stadt Bieliß 14 bürgerliche und 8 sozialdemokratische deutsche und 6 bürgerliche und zwei sozialdemokratische polnische Gemeinderäte außer 6 jüdischen Vertretern gewählt. Die Wahl des Gemeinderatspräsidenten, die infolge eines Wahlrekurses hinausgeschoben wurde, stand unter dem Druck des schlesißen Wojewoden, der sowohl gegenüber den polnischen wie auch dem maßgebenden deutschen Vertreter die Äußerung fallen ließ: „Als Bürgermeister der überwiegend deutschen Stadt Bieliß als un geeignet erklärt, auch dann, wenn er die polnische Sprache vollkommen beherrscht, die sachliche Eignung und die staatsbürgerliche Verlässlichkeit besitzt. Dieser Vorstoß des Herrn Wojewoden hat in den deutschen Kreisen der Stadt ein berechtigtes Aufsehen und tiefste Erbitterung hervorgerufen.“

Diese Äußerung des Herrn Wojewoden widerspricht dem Art. 96 des Staatsgrundgesetzes, welches sagt, daß öffentliche Ämter allen Bürgern ohne Unterschied der Nationalität und des Bekenntnisses in gleicher Weise zugänglich sind. Durch die Erklärung des Herrn Wojewoden wird einfach der Deutsche als für den Posten eines Bürgermeisters der überwiegend deutschen Stadt Bieliß als un geeignet erklärt, auch dann, wenn er die polnische Sprache vollkommen beherrscht, die sachliche Eignung und die staatsbürgerliche Verlässlichkeit besitzt. Dieser Vorstoß des Herrn Wojewoden hat in den deutschen Kreisen der Stadt ein berechtigtes Aufsehen und tiefste Erbitterung hervorgerufen.

Die Unterzeichneten erlauben sich, an den Herrn Ministerpräsidenten und an den Herrn Innenminister folgende Anfrage zu richten:

1. Sind dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Innenminister die Vorgänge anlässlich der Bielißer Bürgermeistereiwahl bekannt?
2. Wurde dem Herrn Wojewoden seitens des Innenministeriums die Vollmacht zu seiner Erklärung gegeben?
3. Was gedenken der Herr Ministerpräsident und der Herr Innenminister zu tun, um der deutschen Bevölkerung für die ihr angetane Zurücksetzung Genugtuung zu geben und dem anagogischen Artikel der Verfassung Geltung zu verschaffen?

Warschau, den 10. Februar 1930.

Die Interpellanten.

Die Czernowicz-Angelegenheit.

Warschau, 12. Februar. (P.M.) Gestern trat die Haushaltskommission als spezielle Kommission zur Prüfung des Antrages, nach welchem der ehemalige Finanzminister Czernowicz zur Verantwortung vor den Staatsgerichtshof zitiert werden soll, zu einer Sitzung zusammen, in der auf Antrag des Referenten, Abg. Liebermann, folgender Beschluß gefaßt wurde:

„Da die Beratungen der Haushaltskommission und des Sejm über die Regierungsvorlage betreffend die Zulassungskredite für das Wirtschaftsjahr 1927/28 informatives Material zur Beschlussfassung über die in der Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 8. Juli 1929 enthaltene Forderung bieten können, verlegt die Kommission ihre Arbeit an diesem Gegenstande bis zur Erledigung der erwähnten Regierungsvorlage durch den Sejm.“

Minister Czerwinski Stellung erschüttert?

Warschau, 12. Februar. (Eigene Meldung.) Ministerpräsident Bartel empfing gestern den Unterrichtsminister Czerwinski zu einer längeren Konferenz. Im Zusammenhang damit erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß die Stellung des Unterrichtsministers als erschüttert gilt. Die Konservativen des BB-Klubs nehmen eine unverhohlene ablehnende Haltung gegen diesen Minister ein. Während der Debatte über das Budget des Unterrichtsministeriums hat vorerst zwar nur Fürst Radzivil als Katholik und gleichzeitig nur für seine Person schwere Bedenken gegen die der katholischen Religion gefährlichen Strömungen, die sich irgendwo im Schulwesen angeblich bemerkbar machen sollen, geäußert. Die Rede Radzivils richtet sich nicht ausdrücklich gegen den Minister Czerwinski. Am nächsten Tage, unmittelbar vor Mitternacht und vor dem Schluss der vielfach sehr aufgeregten Debatten, besonders bei dem Budget des Innenministeriums, meldete sich Abg. Morawski aus dem BB-Klub mit einer „formellen“ Vertichtigung zum Worte. Er begann mit monotoner Stimme eine Schrift zu verlesen, deren erste Sätze die Verurteilung der ganzen konservativen Gruppe des BB-Klubs wegen der Bedrohung der Religion zum Ausdruck brachten.

Zuerst wurden die Abg. Stroncki und Fürst Czernowinski dessen inne, um was es sich bei der Verlesung der Schrift handelte.

Abg. Stroncki rief: Um 24 Stunden zu spät! Das heißt: l'esprit d'escalier! (ein Treppeneinstall).

Da tat der Marschall Daszynski dem Unterrichtsminister und den antikirchlichen Elementen des BB-Klubs einen kleinen Gefallen. Unwirsch sagte er zum Redner auf der Tribüne: Das ist keine Vertichtigung, das ist eine kleine Gelegenheitsrede (kafas mówka) und entzog dem Abg. Morawski das Wort. Daß sich aus der Abwehrhaltung gegen gewisse Strömungen schließlich doch eine ausdrückliche Frontstellung der Konservativen des BB-Klubs gegen den Unterrichtsminister Czerwinski herauskristallisiert hat, ist deutlich aus der regierungsfreundlichen konservativen Presse zu ersehen. Der begabteste Publizist der Regierungskonservativen, Abg. Mackiewicz, hat nicht Anstand genommen, in einem Artikel im „Słowo“ dem Minister Czerwinski die Eignung für das Amt des Leiters des Unterrichtswezens abzusprechen. So steht es um den Minister Czerwinski, der übrigens in seiner letzten Sejmrede versichert hatte, daß er gerne von seinem Posten, den er widerwillig übernommen hatte, abberufen werden möchte. Und trotz alledem ist es nicht unwahrscheinlich, daß man sich nicht entschließen werde, ihn den Konservativen zu opfern. Denn dieser persönlich so tadellose und charakterfeste Mann ist ein Plus im Kabinett. Er wird nur gehaßt, hoch nicht geringgeschätzt. Gehaßt wegen der Einseitigkeit seines Staatskults, in dem eben die Wurzeln seines feurigen Pilsudski-Kults stecken.



Bei Kopfschmerzen
Erkältungen
Rheumatismus

ASPIRIN-
Tabletten

Originalpackung mit roter Banderole und BAYER-Kreuz in allen Apotheken erhältlich.

Der Abhorchskandal.

Warschau, 12. Februar. (P.M.) In der gestrigen Sitzung der Juristischen Kommission des Sejm. an der auch der Post- und Telegraphenminister Boerner teilnahm, referierte Abg. Liebermann über den Dringlichkeitsantrag der PPS, in welchem gefordert wird, zu untersuchen, ob es in Polen telephonische Abhorchstationen gebe. Die Kommission beschloß, dem Sejm den Antrag vorzulegen, eine außerordentliche Untersuchungs-Kommission für diesen Zweck ins Leben zu rufen. Sie wird sich aus sieben Mitgliedern zusammensetzen, das Recht haben Interessenten zu vernehmen, Zeugen und Sachverständige vorzuladen, die unter Eid auszusagen sollen. Die betreffenden Personen werden außerdem von dem Dienstgeheimnis befreit werden. Ferner wird die Kommission das Recht haben, von Gerichten und Verwaltungsbehörden Akten zu requirieren.

Die Vertreter des Regierungsklubs widersetzten sich der Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen, der Befreiung der zu vernehmenden Amtspersonen von dem Dienstgeheimnis sowie der Requisition von Gerichts- und Verwaltungsakten.

Republik Polen.

Ende der Sejmession — am 14. April?

Warschau, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) In politischen Kreisen war gestern das Gerücht verbreitet, daß die gegenwärtige Sejmession nicht mit dem Augenblick der Beendigung der Arbeiten am Staatshaushalt ihren Abschluß finden, sondern bis zum 14. April dauern werde. Nach diesem Gerücht, das aus Kreisen stammen soll, die der Regierung nahe stehen, soll das die Session schließende Defret die Möglichkeit sicherstellen, eine außerordentliche Session zur Fortsetzung der Arbeiten an der Verfassungsreform einzuberufen.

Der Staatshaushalt im Senat.

Warschau, 12. Februar. (P.M.) Gestern mittags fand unter dem Vorsitz des Senatsmarschalls Szymbalski eine Sitzung der Vorsitzenden der Senatsklubs statt, in der man sich über die den einzelnen Klubs bei der Diskussion über den Staatshaushaltsvoranschlag zur Verfügung einzuräumende Zeit einigte und beschloß, daß die Beratungen des Senats am 6. März beginnen und bis zum 12. bzw. 13. März dauern sollen.

Zaleski wird wieder das Wort ergreifen.

Warschau, 12. Februar. (Eigene Meldung.) In der Sitzung der Außenkommission und der militärischen Kommission des Senats, die am 14. d. M. stattfindet, wird Außenminister Zaleski ein Exposé über die außenpolitische Lage Polens halten.

Aus anderen Ländern.

Große Kundgebung gegen die Tscheka in Paris.

Paris, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Am Dienstag fand in Paris eine große öffentliche Kundgebung gegen die Verbrechen der G. P. U. in Frankreich statt. Die Polizei hatte umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen und sperrte ganze Straßenzüge zur Aufrechterhaltung der Ordnung ab. Infolge der beschränkten Räumlichkeiten konnte nur ein kleiner Teil der Anwesenden den Darlegungen der Redner beizuhören, die alle den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland forderten. Andererseits forderten sämtliche Redner das Publikum auf sich nicht zu unüberlegten Schritten hinreißen zu lassen. Man müsse vielmehr die Regierung durch Beibringung von Tatsachenmaterial dazu bringen, Dowgalewski und das ihn umgebende Verbrechergesindel mit eisernem Besen aus Frankreich hinauszufegen.

Während die Versammlung im Saale ruhig verlief, waren etwa 300 Mann geschlossen vor die russische Botschaft gezogen. Nur der Überwachung der Polizei ist es zu verdanken, daß die Menge das Gebäude nicht stürmte. Nachdem die Polizei Verstärkungen bekommen hatte, gelang es ihr, die inzwischen beträchtlich angewachsene Volksmenge auseinander zu treiben. Dabei wurde ein Polizeibeamter schwer verletzt, während 10 Demonstranten verhaftet wurden.

Attentat auf die Redaktion des „Popolo di Trieste“.

Triest, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern wurde hier ein Anschlag auf die Redaktion des „Popolo di Trieste“ verübt. Nach 11 Uhr nachts, als das ganze Redaktionspersonal und die Seher an der Arbeit waren, erfolgte im ersten Stock eine Explosion, wahrscheinlich einer Granate, durch die die Innenräume der Redaktion demoliert wurden. Vier Personen wurden schwer verletzt, darunter der Redakteur Neri, zwei Korrektoren und ein Redaktionslaufjunge. Neri wurde ins Krankenhaus geschafft, wo ihm beide Beine abgenommen wurden. Der Anschlag ist wahrscheinlich ein terroristischer Akt, der von der nationalsozialistischen jugoslawischen Organisation verübt wurde.

Bommerellen.

Ein Tritt frei.

Der energische Stadtpräsident von Gdingen.

In Gdingen wurde kürzlich das Städtische Wasserwerk eingeweiht. Derartige Feierlichkeiten gehen nicht ohne das übliche Essen und Trinken ab.

Über das Ereignis, bei dem sich der kommissarische Stadtpräsident von Gdingen als ein sehr energischer Mann bewiesen hat, lesen wir in der „Gazeta Gdynska“: „Nach den Einweihungsfeierlichkeiten und der Eröffnung des Städtischen Wasserwerkes in Gdingen versammelten sich die Gäste im Zentral-Hotel um 1/3 Uhr nachmittags zu einem gemeinsamen Essen.“

Das genannte Gdingener Blatt schließt seinen Bericht über diesen eigenartigen Vorfalle mit folgenden Worten: „Indem wir das Obige ohne irgendwelchen Kommentar an den Bräuer der öffentlichen Meinung stellen, fragen wir, ob derartige Vorfälle, hervorgerufen durch einen Menschen, der an der Spitze der Stadt steht, sich in Anwesenheit des Vertreters der Regierung ereignen dürfen?“

Man könnte die Schlichterung dieses Vorfalles, das ein gerichtliches Nachspiel haben wird, als einseitig betrachten, wenn nicht bereits am Tage dieses eigentümlichen Sinauswurfs der Vorstand des Journalisten-Vereins in Gdingen einen Beschluss gefasst hätte, in dem es heißt, daß die Journalisten aller Richtungen, die in Gdingen tätig sind, sich durch den Vorfalle im höchsten Grade getroffen fühlen und diese Art ungewöhnlicher Behandlung eines Pressevertreter durch einen Menschen, der das hohe Amt eines Stadtpräsidenten von Gdingen ausübt, verurteilen.

12. Februar.

Graudenz (Grudziadz).

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten findet am Montag, 24. d. M., statt. Der Kreistag des Landkreises Graudenz tagt am Donnerstag, 27. d. M.; in dieser Sitzung gelangt der Haushaltsvoranschlag für 1930/31 zur Beratung und Beschlußfassung.

Bevölkerungsbewegung. In der Woche vom 2. bis 8. Februar d. J. gelangen auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 33 eheliche Geburten (13 Knaben, darunter ein Zwillingpaar, sowie 20 Mädchen), ferner 6 uneheliche Geburten (5 Knaben, 1 Mädchen), weiter 6 Eheschließungen und 14 Todesfälle, darunter 5 Kinder bis zu 1 Jahr (drei Knaben, zwei Mädchen).

Erkrankene Viehtiere. Die Schweinepest, die unter den Schweinebeständen der Landwirte Dziadzio in Neudorf (Nowawies), Kreis Graudenz, sowie Malowski und Mayer in Bliesen (Blizno), ebenfalls Kreis Graudenz, anscheinend war, ist laut amtlicher Bekanntgabe erloschen.

Ein sinnentstellender Druckfehler hat sich in der Nr. 34 unseres Blattes veröffentlicht. Nichts über die Konzeptionsentziehungen eingeschrieben. In dem in der 26. Zeile beginnenden Satze muß es heißen: „Trotz der Erklärung des Ministers hat dieses Amt den von der Gemeindevorstandverwaltung auf Erteilung der Erlaubnis zum Ausschneiden des alkoholischen Bieres gestellten Antrag bisher nicht genehmigt.“

Mit der Bekämpfung des Mädchenhandels beschäftigte sich eine Konferenz im Amtszimmer des Stadtpräsidenten, an der Vertreter von Frauen-Organisationen, sowie von Fab., Auswanderungs- und Polizeibehörden teilnahmen. Eine Delegation der Frauenschuliga aus Warschau, Frau A. Janowska, hielt ein entsprechendes Referat, an das sich eine Besprechung schloß.

Zum Nordball Marcinkowski. Dienstag vormittag fand im städtischen Krankenhaus eine Sektion der Leiche des bekanntlich am 4. v. M. bei Roggenbauern erkrankt aufgefundenen Händlers Marcinkowski aus Tusch statt. Der Befund der Sektion deckt sich mit den polizeilichen Annahmen und Ermittlungen, insbesondere dahingehend, daß am Kopfe des Toten Einschnüßstellen konstatiert worden sind.

Identifizierte Leiche. Die Persönlichkeit der auf dem Eisenbahngleis bei der Fabrikerei Rothof (Czerwony Dwór) aufgefundenen Leiche ist nunmehr auf Grund des bei ihr

gefundenen Militärbüchleins mit Bestimmtheit als die des 27jährigen Kaufmanns Felix Dolecki aus Briesen (Wabrzejno) ermittelt worden. Bei der Leiche befanden sich noch ein Gelbbetrag von 8 Blotn, sowie eine Graudenzener Straßenbahnfahrkarte. Am Vortage der Leichenauffindung ist D. in Graudenz gesehen worden. Nach den Feststellungen der gerichtsarztlichen Kommission, die an der Fundstelle ihre Ermittlungen anstellte, handelt es sich um einen Unglücksfall. Der herbeigerufene Vater des Toten hat in der Leiche seinen Sohn erkannt.

Lebensüberdruß. Im Hause Peterfilienstraße (Pietruszka) wurde am Dienstag eine weibliche Person namens Marja Mayer, sich in heftigen Schmerzen windend, in ihrer Wohnung aufgefunden. Es erwies sich, daß sie eine giftige Flüssigkeit zu sich genommen hatte. Die M. wurde sofort ins städtische Krankenhaus geschafft, wo die Ärzte eine Auspumpung des Magens vornahmen. Wie ermittelt worden ist, war dieser Selbstmordversuch bereits der vierte seiner Art, den die Lebensmüde ausgeführt hat.

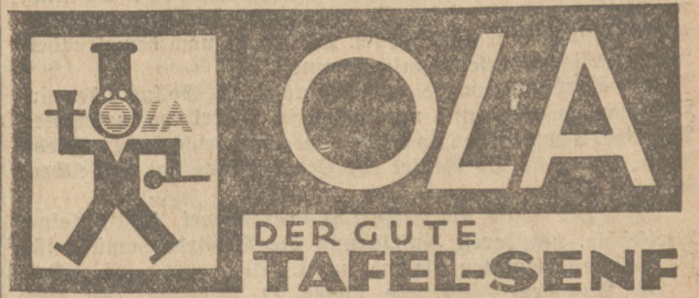
Der fällige Diebstahl mittels Einschlagens der Schaufensterscheibe wurde in der Nacht zum Montag in der Biskopffstraße (Sw. Wojciecha) verübt, und zwar in dem Waclaw Gancza'schen Geschäft. Die Diebe raubten hier einen Sweater, 3 Paar Strümpfe, 3 Paar Handschuhe, zwei elektrische Lampen und 2 Puppen im Gesamtwerte von über 100 Blotn. — Im Hause Fetzungsstraße (Forteczna) 23 versuchte jemand, und zwar ebenfalls durch Zerrümmern einer Fensterscheibe, einen Wohnungsdiebstahl zu verüben. Hier aber blieb es nur beim Versuch.

Aus dem Kreise Graudenz (Grudziadz), 11. Februar. In Weburg (Wiewiórki) drangen nachts in der 3. Stunde Diebe in den Schweinestall des Gutbesizers Hugo Winter, schlachteten zwei je 170 Pfund schwere Schweine, packten sie — das eine ganz, das andere in zwei Hälften geschnitten — in mitgebrachte Säcke und zogen mit ihrem Raub die Chaussee nach Ngowo ab. Der inzwischen erkrankte Gutbesizer W. verfolgte, nachdem er im Stall das Geschehene festgestellt und die entweichenden Diebe auf der Chaussee noch wahrgenommen hatte, in Begleitung eines Instmannes die Täter und gab hinter ihnen einen Schuß ab, von dem einer der Spitzbuben getroffen worden zu sein scheint, da auf der Chaussee in weiterer Entfernung Blutspuren entdeckt worden sind. Infolge des Schusses und der energischen Verfolgung ließen die Schweinediebe ihre Beute auf der Chaussee im Stich und machten sich aus dem Staube. Als Täter kommen aller Wahrscheinlichkeit nach zurückgebliebene Saisonarbeiter in Frage, von denen einer, wie festgestellt worden ist, am Morgen nach dem Vorfalle den Anzug gewechselt hat und nach dem Kreise Briesen verschwunden ist. Dieser Einbruch ist bereits der sechste, für den man sich den Winterischen Stall ausgesucht hatte.

Aus dem Landkreise Graudenz, 10. Februar. Am 18. d. M. findet im Blumischen Lokal in Dufocin ein Holztermin aus der Oberförsterei Jami statt. Zum Verkauf kommt Bau-, Röhren- und Brennholz. Beginn der Auktion 10 Uhr.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Wirtschaftsverband städt. Berufe. Donnerstag Sprechst. 5-7 1/2 Uhr Gold. Löwe.



Thorn (Torun).

Holztermine. Der Magistrat (Forstverwaltung) gibt bekannt: Eine Versteigerung von Brenn- und Nugholz aus den Revieren Guttau und Steinort (Gutowo und Kamieniec) findet am Montag, 17. Februar, vormittags 10 Uhr im Gasthause Dborzki in Groß-Bösendorf (Wielka Blawies) statt, eine gleiche aus den Revieren Barbarken und Olesk (Barbarka und Olesk) am Mittwoch, 19. Februar, vormittags 10 Uhr in der Restauration von Winarski in Luben (Lubianka). Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung statt.

Bevölkerungsbewegung. In der Woche vom 2. bis 8. Februar wurden auf dem städtischen Standesamt angemeldet: 27 eheliche Geburten (11 männlichen und 16 weiblichen Geschlechts), 5 uneheliche Geburten (2 männlichen und 3 weiblichen Geschlechts) und 2 Totgeburten weiblichen Geschlechts; ferner 16 Todesfälle, darunter 6 von Kindern, im Alter bis zu zwei Jahren. In demselben Zeitraum wurden 6 Eheschließungen vollzogen.

Der Männer-Gesangverein „Thorner Liedertafel“ veranstaltete Sonnabendabend im „Deutschen Heim“ seinen traditionellen Herrenabend in Form eines Pöfelfamneffens, wozu sich etwa fünfzig Herren eingefunden hatten. Nach dem Essen und gemeinsamen Gesang fand eine Verlosung statt, die große Heiterkeit auslöste und dann traten verschiedene Sangesbrüder mit Solovorträgen hervor, unter denen besonders einer stürmischen Beifall fand, der all die kleinen Schwächen und Fehler der Mitglieder in humorvoller Weise geißelte. Es entwickelte sich daher bald eine allgemeine Fidelitas, die die Sänger noch mehrere Stunden in fröhlichster Laune beisammen hielt.

Der Dienstag-Wochenmarkt war ausreichend besetzt, die Kaufkraft war jedoch gering. Man forderte für Butter 2,50-3,00, für Eier 2,80-3,00, für Sahne 2,80-3,20 (Liter) und für Kartoffeln 5,00-6,00. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt wurden folgende Preise notiert: Apfel 0,80-1,50, Zitronen 0,20-0,25, Apfelsinen 0,80-1,20, Pflaumenmus 1,00, Blumenkohl 0,50, Weißkohl 0,15, Rotkohl 0,25-0,30, Grünkohl 0,25-0,30, Rosenkohl 0,60-0,80, Wirsingkohl 0,25, Mohrrüben 0,15, Karotten 0,25-0,30 pro Bund, rote Rüben 0,20, Bruden 0,10, weiße Bohnen 0,70-0,80, Meerrettich 0,25, Zwiebeln 0,25, Schnittlauch 0,10 und Suppengrün 0,15 bis 0,20. Der Geflügelmarkt brachte Hühner zu 3,50-4,50 pro Stück, Suppenhühner zu 5,00-7,00, Enten zu 6,00-8,00, Tauben zu 1,80-2,00 das Paar und Gänse zu 10,00-12,00. Die Fischstände waren ziemlich schwach besetzt, es gab nur Supperfische zu 0,70-0,80, Salzheringe zu 0,15-0,20 das Stück und frische Flundern zu 1,40 das Pfund. Rien in

Graudenz.

Advertisement for Berta Janz, geb. Sieburg, im 76. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen Hedwig Sieburg. Graudenz, den 11. Februar 1930.

Advertisement for Faschingsfest at Tivoli on Thursday, Feb 13, 1930. Includes 'Wurst-Essen' and 'Eisbein- u. Flakiessen'.

Thorn.

Advertisement for Verein der Kunstfreunde in Torun and Umgegend T. z. Concert by Bariton Hermann Schey and Pianist Gerda Netze.

Advertisement for Rufe-Schneidemaschinen by Falarski & Radaike in Torun.

Radio advertisement for Kaminski, Chelminska 7.

Advertisement for Fr. Damrath, Groblowa 4, wozu ergebenst einladet.

Advertisement for Teppiche Läuter by W. Grunert, Sklad bratow.

Advertisement for Dauerwellen, Benfion, Drahtseile, Hanfseile, Teer- und Weißstrick.

Advertisement for Amerikanische Automobilfabrik-Vertretung, Ausstellungslokal in Graudenz.

Advertisement for Fr. Brzeski, Torun, and other services like Manicure, Breitreder, and Hauswänderin.

